

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 12-1

PDF erstellt am: **01.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Robert Nef

ZEITZEICHEN EINES MEISTERZEICHNERS

In memoriam Herbert Lüthy

«Eigentlich wollte ich Zeichner werden.» So lautete die Überschrift, die wir als authentisches Zitat über ein Interview in den «Schweizer Monatsheften» setzen wollten, das wir mit *Herbert Lüthy* anlässlich seines 80. Geburtstags führten. Auf seine Anweisung hin verzichteten wir dann allerdings darauf. Offensichtlich wollte er im hohen Alter nicht ausgerechnet mit einem Berufswunsch aus seiner frühesten Jugend charakterisiert werden. Gegen eine Publikation der Karikaturen, die er als Gymnasiast für eine von ihm unter einem Pseudonym verfasste «Bilderhandschrift von Ennenda» gezeichnet hatte, protestierte Lüthy nicht. Das ist typisch für ihn. Seine Person und seine eigene Geschichte sollten nicht im Zentrum stehen, aber der Schalk aus seiner Jugendzeit durfte durchaus aufblitzen. Lüthy ist in einem übertragenen Sinn doch Zeichner geworden, ein Auf-zeichner und Deuter des Zeitgeschehens. Seine Zeitungskommentare und seine Essays sind tatsächlich virtuose Zeichnungen, aus dem Moment heraus entstanden, aber mit so viel Kenntnis und Einsichten gestaltet, dass sie noch heute zu fesseln vermögen.

Herbert Lüthy ist am 16. November im 85. Altersjahr in Basel verstorben. Er ist einer der wenigen Schweizer Historiker, welche in Fachkreisen weltweit Anerkennung gefunden haben. Trotzdem ist er bei jüngeren Historikern kaum mehr bekannt, da seine interdisziplinär ausgerichtete, deutende und kommentierende Geschichtsauffassung von den heutigen Superspezialisten kaum mehr geschätzt wird. Wer, wie viele Exponenten der heutigen Historikergeneration, primär als Ankläger auftreten will, hat für subtile Deutungen und Abwägungen wenig Verständnis. Erfreulicherweise hat der Verlag der «Neuen Zürcher Zeitung» trotzdem eine Werkausgabe in Angriff genommen. Von der geplanten Neuausgabe in 7 Bänden sind die zwei ersten kürzlich noch zu Lebzeiten des Autors erschienen. Die Bände III – V der geplanten Werkedition tragen den Titel «Essays». Dem *Montaigne*-Übersetzer Lüthy war diese Literaturgattung zwischen Tagebucheintrag, Kommentar und literarisch-philosophischem Text wohl vertraut: Aus aktuellem Anlass geschrieben, aber mit Hinblick auf das Überdauernde formuliert. Die Übersetzung von

«Essay» mit «Versuch» ist unbeholfen, es geht dem Essayisten nämlich um das Wägen und das Abwägen (lateinisch: *exagium*), das oft in eine dezidierte Meinungsäußerung mündet. Herbert Lüthy hat nicht nur abgewogen, er hat auch engagiert Stellung bezogen, etwa als Gutachter zur Jurafrage und im «Fall Ziegler» an der Universität Genf.

Eines seiner Werke ist allerdings keine Essayammlung, sondern ein Zeitgemälde: «La Banque Protestante en France». Ein Nachdruck ist als Band VI und VII der Werkausgabe geplant.

Mit Herbert Lüthy ist einer der letzten Historiker verstorben, welche den Zweiten Weltkrieg als Zeitzeugen erlebt und beobachtet und im «St. Galler Tagblatt» wöchentlich kommentiert haben. Herbert Lüthy lebte nach dem Zweiten Weltkrieg von 1946 bis 1958 als Historiker und Publizist in Paris und verfasste dort «Au son du Clocher», «Frankreichs Uhren gehen anders» (Bd. II der Werksausgabe, 2002). Er gehört zu den ersten, welche die These des deutschen Soziologen *Max Weber*, dass der Calvinismus die historische Basis des Kapitalismus bilde, widerlegt haben. Herbert Lüthy hat die mehrsprachige Schweiz nicht nur analysiert und kommentiert, er hat zum gegenseitigen Verständnis der Kulturen einen aktiven Beitrag geleistet. Erinnerung sei hier an sein Referat, das die Renaissance des Föderalismus einleitete und an sein Engagement bei der Neugründung des Kantons Jura – eine der ganz wenigen demokratisch abgewickelten Sezessionen der Weltgeschichte!

Bei den «Schweizer Monatsheften» war Herbert Lüthy nicht nur langjähriges Vorstandsmitglied, sondern auch ein herausragender Autor. Seine dort veröffentlichten Vorträge und Aufsätze wie etwa «Vom Geist und Ungeist des Föderalismus» (Bd. 44, 1964, S. 773) und «Die Mathematisierung der Sozialwissenschaften» (Bd. 48, 1968, S. 972) und «Hugenotten und Jakobiten» (Bd. 67, Jg. 1967, S. 377) sind Perlen der sozialwissenschaftlichen Essayistik. Die Herausgeber der «Schweizer Monatshefte» bleiben Herbert Lüthy über seinen Tod hinaus dankbar verbunden. Eine ausführliche Würdigung der beiden ersten Bände der Werkausgabe folgt im nächsten Heft. ♦

Michael Wirth

IDEOLOGISCHE UND HISTORISCHE HEMMSCHUHE

Warum sich die Schweiz mit der Liberalisierung der Märkte so schwer tut

Die Suche nach einer neuen Moral in Schweizer Unternehmen mag in Einzelfällen berechtigt sein, doch verstellt die Diskussion über das Fehlverhalten einiger Manager den Blick auf das eigentliche Problem unserer Volkswirtschaft: den fehlenden Willen zur Liberalisierung der Märkte.

Ein Rückblick auf die Debattenreihe, die Avenir Suisse unter dem Titel «De-Regulierung/ Re-Regulierung» im vergangenen Winter landesweit durchführte, zeigt deutlich: Der Widerstand gegen offene Märkte hat in der Schweiz ideologische und historische Gründe. Als handle es sich um unverrückbare Glaubensgrundsätze, wenden sich grosse Teile der Linken gegen weiteren Deregulierungsbedarf, etwa bei der Post und den SBB. Zunehmende Skepsis gibt es aber auch im bürgerlichen Lager: Liberalisierung und Privatisierung stehen unter dem Verdacht, historische Errungenschaften der Schweiz in Frage zu stellen.

So bitter schlechtes Management für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Unternehmen sein kann, so unrealistisch die Träume einiger Glücksritter auch sind, Inkompetenz und Gier sind unvermeidliche Begleiterscheinungen nicht nur der Globalisierung, sondern der gesamten Wirtschaftsgeschichte. Es ist jedoch ein Irrtum, menschliche Fehlleistungen moralisierend gegen notwendigen Wandel, gegen das Suchen nach neuen Lösungen und auch gegen Risikobereitschaft zu wenden.

Wenn unerfreuliche Ereignisse eintreten, weisen viele dem System insgesamt die Schuld zu und beginnen, nach anderen Modellen Ausschau zu halten – oder verfluchen die ganze Welt. Privatisierung und Liberalisierung werden dann für alle Übel verantwortlich gemacht: für die entgleisten Züge der englischen Eisenbahn und für die Attentate des 11. September. Die Terroranschläge hätten sich nicht ereignet, war gar bei einer der Avenir Suisse-Debatten zu hören, wenn die Sicherheitssysteme auf den amerikanischen Flughäfen nicht privatisiert worden wären. Denn Privatisierung, so die Schlussfolgerung, sorgt für unmotivierte, pflichtvergessene, weil schlecht bezahlte Mitarbeiter.

Die Klage über die vermeintliche Unausweichlichkeit von Katastrophen in einer liberalen Wirtschaftsordnung und die Prophezeiung des wirtschaftlichen Niedergangs privatisierter Unternehmen ist zu einem

Standardargument der Liberalismus-Kritik linker Provenienz geworden. Der Diskurs der Re-Regulierer im bürgerlichen Lager läuft hingegen in der Überzeugung zusammen, dass das wirtschaftliche und politische System der Schweiz sowie ihre Bürger vor einer Bevormundung durch das Ausland geschützt werden müssten: Man habe, so war während der Avenir Suisse-Debatten immer wieder zu vernehmen, während der durch den Druck der EU-Volkswirtschaften ausgelösten Deregulierungswelle der Neunzigerjahre in der Schweiz zu wenig darüber nachgedacht, wo das längerfristige Wohlstandsinteresse des Schweizer Volkes liege. Die Ablehnung des neuen, liberaleren Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) an der Urne hat – gewollt oder nicht – die unheilige Allianz zwischen Produzenten und Verbrauchern neu belebt und der unverrückbaren «Wahrheit» zum Sieg verholfen, bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie in der Energie- und Wasserversorgung, müsse man «Herr im eigenen Haus bleiben» und dürfe sich nicht an den «Tropf der Grossen hängen».

*Es ist jedoch ein Irrtum,
menschliche Fehlleistungen moralisierend
gegen notwendigen Wandel,
gegen das Suchen nach neuen Lösungen und
auch gegen Risikobereitschaft zu wenden.*

Hinter der vermeintlichen Sorge für das Gemeinwohl verbirgt sich auch die Verteidigung von Privilegien, die sich aus einer staatlichen Begünstigung wirtschaftlicher Aktivitäten ergeben.

Eng mit der Furcht verbunden, in Abhängigkeiten zu geraten, ist auch die These, dass in einem kleinen Land wie der Schweiz Wirtschaft und Politik «einen engen Schulterschluss» praktizieren sollten. KMU-

Vertreter betonen denn auch mit Nachdruck angesichts der als Bedrohung wahrgenommenen weiteren Liberalisierung des Binnenmarktes, dass der Druck auf die Preise die Schweizer Binnenwirtschaft in eine Existenzkrise treibe. Die Forderung nach Solidarität zwischen Konsument und Produzent ist auch heute noch im kollektiven Bewusstsein verbreitet. Man glaubt, den Geist des Agrarschutzes aus den Zwanzigerjahren zu spüren, wenn etwa sozialdemokratische und freisinnige Politiker unisono an der Überzeugung festhalten, der Verbraucherpreis müsse auch eine soziale Komponente haben: Es gehöre zur Ver-

*Hinter der vermeintlichen Sorge für
das Gemeinwohl verbirgt sich auch die
Verteidigung von Privilegien,
die sich aus einer staatlichen Begünstigung
wirtschaftlicher Aktivitäten ergeben.*

antwortung des Konsumenten, bereit zu sein, den höheren Preis zu zahlen, *«wenn damit ein Beitrag zum Überleben einer Branche in der Schweiz geleistet wird»*. Und als glaubten sie, dass ihnen der Markt Recht gegeben habe, verweisen die Gegner der Agrarpreissenkungen darauf, dass die Verbilligung des Rindfleischs letztlich auch nicht den Konsum erhöht habe.

Kaum ein sozialetischer Topos ist so sehr emotional aufgeladen, wie der der «kollektiven Solidarität». Kollektive Solidarität entwickle der freie Markt eben nicht, wird man in Teilen der Linken nicht müde zu behaupten, denn der Markt sei «nicht ökologisch und sozial blind». Nichtsdestoweniger hat der Markt in einigen Bereichen auch bei bürgerlichen Politikerinnen und Politikern ein schlechtes Image. Spätestens seit Ankündigung der Poststellenschliessungen glauben auch sie, dem Markt mit Hilfe der Politik *«ein menschliches Antlitz»* geben zu können. Da erhält die Sorge um die in abgelegenen Gebieten lebenden Menschen, für die das Postbüro angeblich der einzige tägliche Sozialkontakt ist, schnell einmal pathetische Züge. Wie sehr sich die Diskussion um die Poststellen von der Lebenswirklichkeit der von zukunftsorientierten Berufen lebenden Mehrheit der Menschen entfernt hat, mag auch hier mit der

Schaffung neuer Arbeitsplätze belegt werden: 14 000 waren es im Telecom-Bereich seit der Aufhebung des PTT-Monopols. Die am Pranger stehende kalte Rationalität der Wirtschaft zeigt sich damit solidarischer, als es Parlamente und Regierungen je sein können.

An der Diskussion um den *Service public* wird ersichtlich, dass die Notwendigkeit des teuren Sozialstaats auch aus einem historischen Staatsverständnis hergeleitet wird. Über Parteigrenzen hinweg definiert man den *Service public* als «Klammer», die eine «Spaltung der Schweiz in Stadt und Land, in arm und reich, in Deutschschweiz und Romandie, in grosse und kleine Kantone, in Mehrheit und Randgruppen» verhindere. Eine Beschneidung des *Service public* bedeute deshalb eine «Aushöhlung der Schweizer Demokratie». Wer gegen den *Service public* in seinem jetzigen Umfang ist, gerät damit schnell in den Verdacht, ein schlechter Demokrat zu sein. Moralisch gefärbt sind auch die Argumente gegen Steuersenkungen: Umverteilung auf der Grundlage eines hohen Steueraufkommens rechtfertige sich, weil wohlhabende Mitbürger ihr Vermögen ja auch nicht alleine erwirtschaftet hätten, sondern mit Hilfe anderer. Auffallend ist, wie sehr hier Demokratie in den Dienst des Kollektivs gestellt wird. Gradmesser der Wirkung demokratischer Entscheidungsprozesse ist nicht mehr der vom Gemeinwesen garantierte Freiheitsraum des Einzelnen, sondern die materielle Besserstellung *aller*.

Die bisweilen autoritäre Tonalität in der Rhetorik der Deregulierungsgegner verrät ohne Zweifel auch die Angst, verdrängt zu werden und auf die Verliererseite der Globalisierung zu geraten. Der Staat leitet seine Legitimität zur Intervention auch aus dieser Angst ab und verspricht Schutz gegen so manche Bedrohung, auch oder gerade gegen die der Weltwirtschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es den Gegnern der Deregulierung gelingt, die Zeit zurückdrehen und die Freizügigkeit des Güter-, Kapital- und Personenverkehrs einzuschränken, doch die Konsequenzen, die Erstarkung von Nationalismus und Protektionismus, sind absehbar. Ist also der Schutz nicht gefährlicher und destruktiver als die Bedrohung selbst? ♦

MICHAEL WIRTH ist seit Mai 2002 Projektleiter bei Avenir Suisse und war bis März 2002 Mitherausgeber der «Schweizer Monatshefte».